



Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft
Maria Theresienstraße 9/8b, 1090 Wien
t: +43-1-3173127; f: +43-1-3102238
swsrs@aon.at; www.sws-rundschau.at
ZVR: 337714911

PRESSEUNTERLAGEN

zur Pressekonferenz am 21.01.2013

DIREKTE DEMOKRATIE BEDARF EINER HINTERFRAGUNG

gezeigt am Beispiel der Volksbefragung "Wehrpflicht versus Berufsheer"

Was steckt wirklich hinter dem Abstimmungsverhalten?

Ergebnisse einer Telefonbefragung der SWS

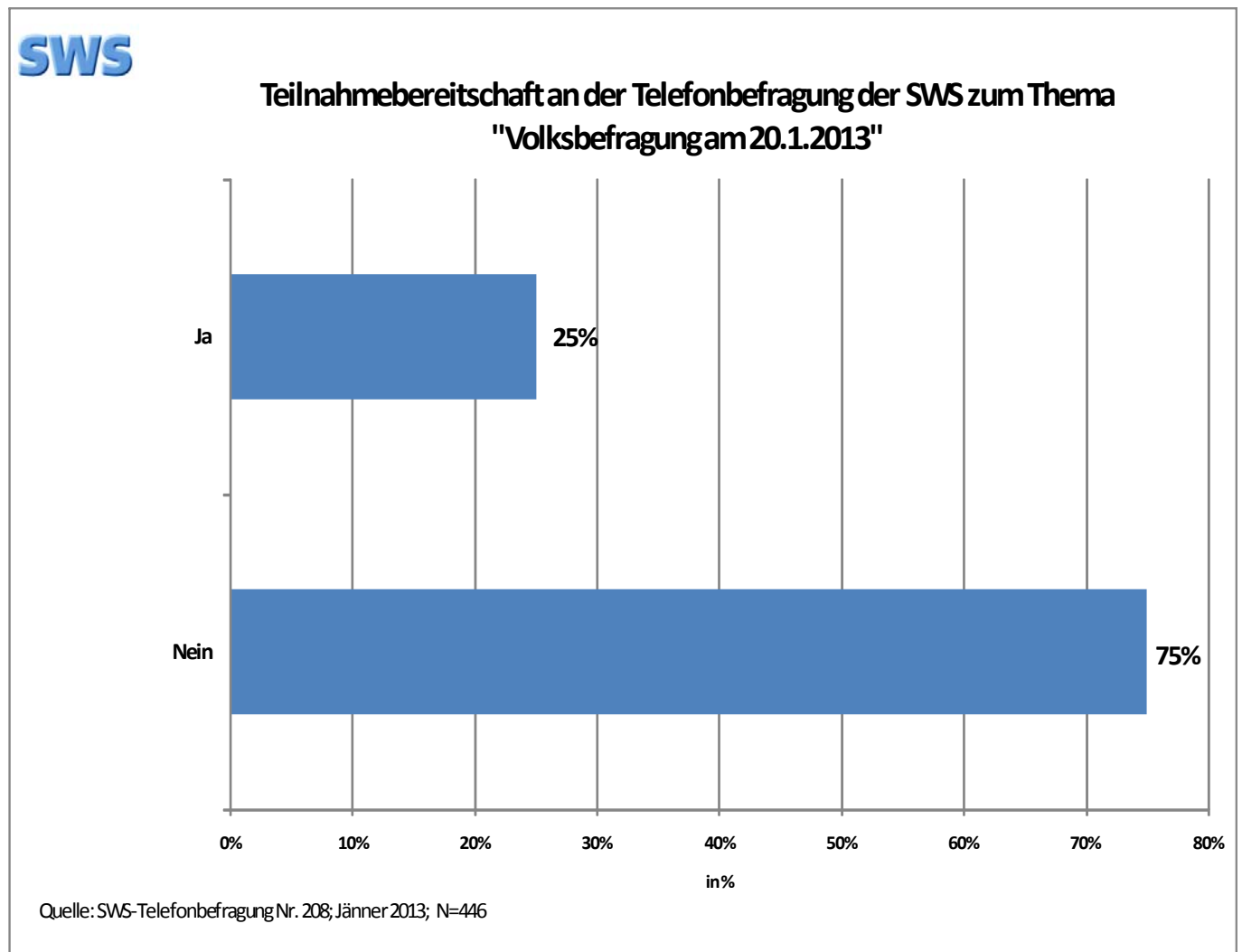
*Diese Presseunterlagen stehen ab dem 21.01.2013 unter
<http://www.sws-rundschau.at/html/downloads.php>
im pdf.-Format zum Download zur Verfügung*

Hintergrund:

Die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft (SWS) führte im Jänner 2013 (in der Woche vor der Volksbefragung zum Thema „Wehrpflicht versus Berufswehr“) eine für Österreich repräsentative Telefonumfrage unter 446 Befragten durch (SWS-Telefonbefragung Nr. 208).

Aus methodischer Sicht ist zunächst zu erwähnen, dass nur knapp 25% aller im Rahmen der Befragung angerufenen Personen an der Befragung zu diesem Thema teilnehmen wollten (Grafik 1).

Grafik 1:

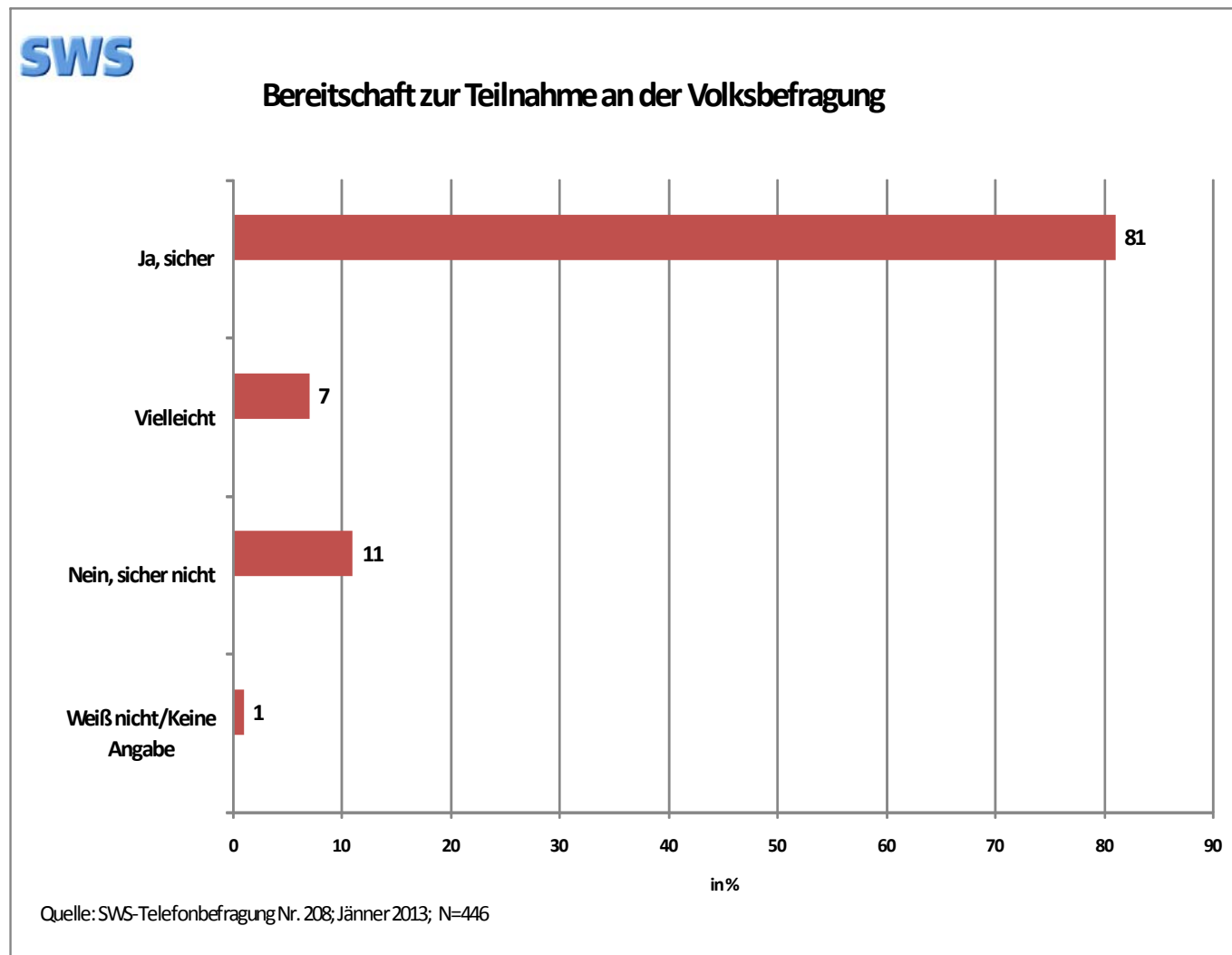


Aus Grafik 2 ist ersichtlich, dass von den Auskunft gebenden RespondentInnen über 80% angaben, „sicher“ an der Volksbefragung teilnehmen zu wollen (in der Altersgruppe der 36-65-Jährigen sowie bei AnhängerInnen der ÖVP und der FPÖ lag der Anteil sogar bei an die 90%).

Für weitere 7% lag dies zudem im Bereich des Möglichen, lediglich 11% wollten „sicher nicht“ an der Volksbefragung teilnehmen (vor allem sehr junge Befragte bzw. Personen mit einem eher geringen Bildungsstand zeigten diese ablehnende Einstellung).

Aus Erfahrung wissen wir, dass vor Wahlen, Volksabstimmungen, Volksbegehren etc. immer ein deutlich höherer Prozentsatz von Befragten angibt, teilnehmen zu wollen – dennoch ist letztendlich die 50%-Teilnahmequote der aktuellen Volksbefragung ein Zeichen für ein durchaus gestiegenes Interesse an Verfahren der direkten Demokratie. Auch das sich nunmehr bereit über eine Periode von sechs Jahren erstreckende „Demokratiemonitoring“ der SWS zeigt, dass sich die ÖsterreicherInnen etwa von „Bürgerinitiativen“ die größte Wirkung erwarten, um bestimmte Ziele zu erreichen (zu 44% - weit mehr als z. B. von einer Mitarbeit bei politischen Parteien).

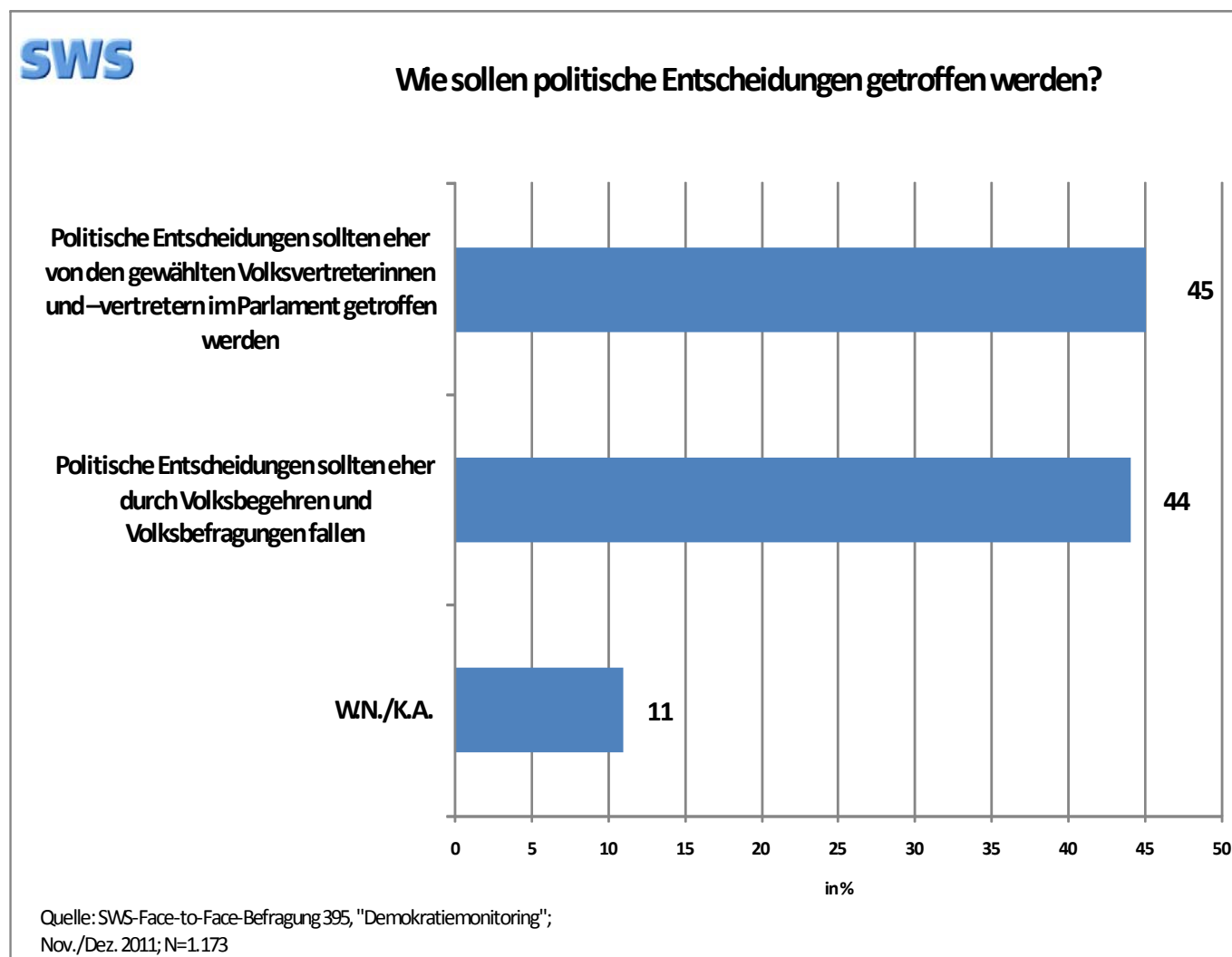
Grafik 2:



Im Rahmen des „SWS-Demokratiemonitorings 2011“ wurde auch erhoben, ob nach Ansicht der ÖsterreicherInnen politische Entscheidungen eher von den gewählten VolksvertreterInnen getroffen werden sollen oder durch Volksbegehren und Volksbefragungen (Grafik 3):

Hier zeigte sich ein sehr polarisiertes Meinungsbild – ein jeweils ähnlich großer Anteil war für die eine oder die andere Variante, ein Potenzial für eine künftig häufigere Nutzung direktdemokratischer Verfahren ist aber wohl gegeben. Die Informationspolitik vor solchen Verfahren ist in Österreich aber wohl deutlich verbesserungswürdig - in der Schweiz etwa werden die BürgerInnen vor Volksabstimmungen weit besser und umfassender informiert.

Grafik 3:

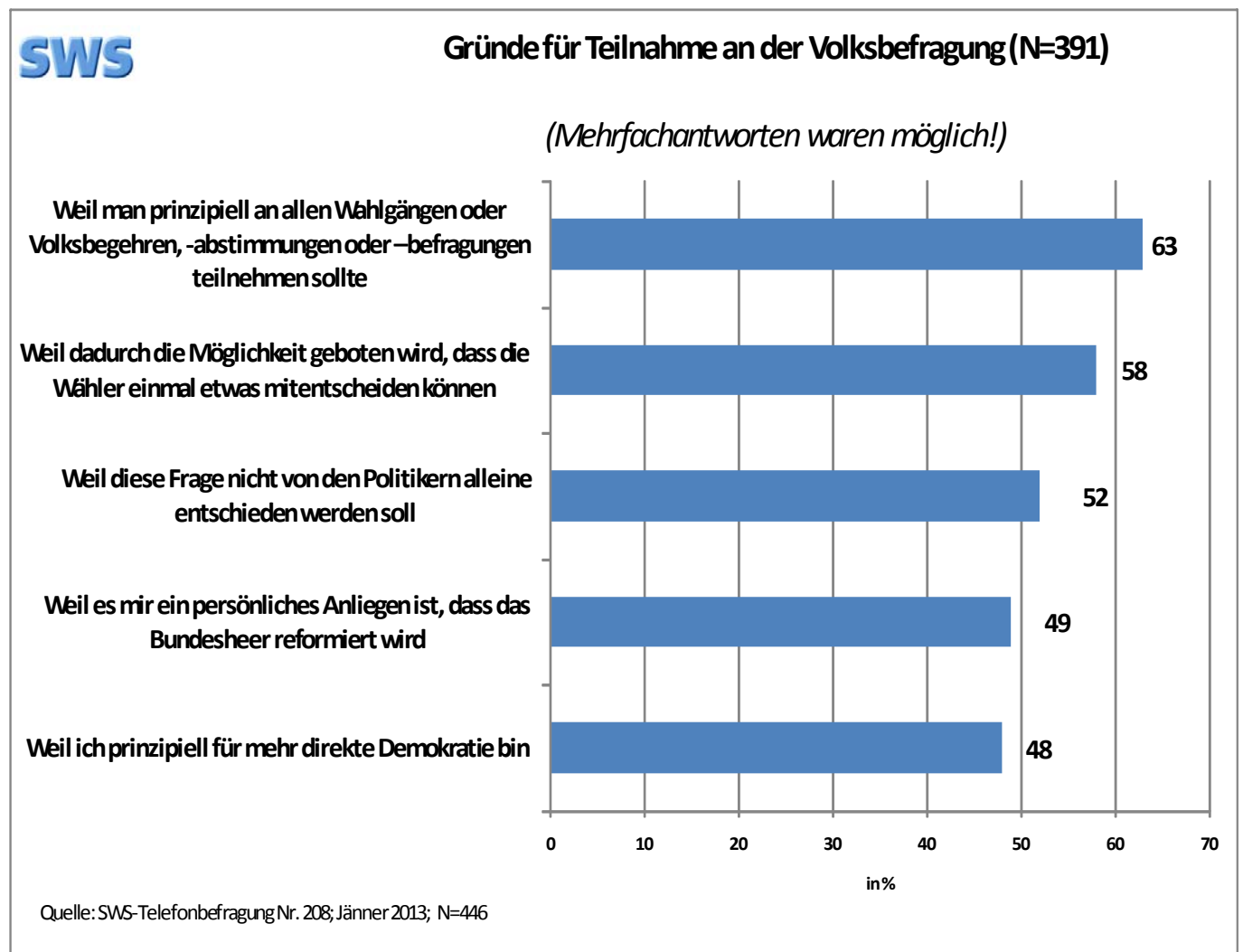


Befragte, die nun „sicher“ oder „vielleicht“ an der Volksbefragung teilnehmen wollten, wurden gebeten ihre Zustimmung oder Ablehnung zu verschiedenen vorgegebenen Begründungen für dieses Verhalten anzugeben.

Grafik 4 verdeutlicht, dass das Motiv einer „prinzipiellen Teilnahme an allen Wahlgängen etc.“ das am häufigsten genannte war (63%; Frauen, ältere Befragte sowie AnhängerInnen der SPÖ nannten dieses Argument zu überdurchschnittlichen Anteilen), gefolgt von der „Möglichkeit für den Wähler etwas mitzuentcheiden“ (58%; SPÖ- und FPÖ-AnhängerInnen zeigten sich diesbezüglich besonders interessiert).

Jeweils um die 50% der Befragten wollten die „Entscheidung nicht der Politik alleine überlassen“, „zur Reform des Bundesheeres beitragen“ (jeweils für SPÖ- und Grün-SympathisantInnen überdurchschnittlich wichtig) bzw. ihr „Eintreten für mehr direkten Demokratie“ (für Grün-AnhängerInnen besonders attraktiv) untermauern.

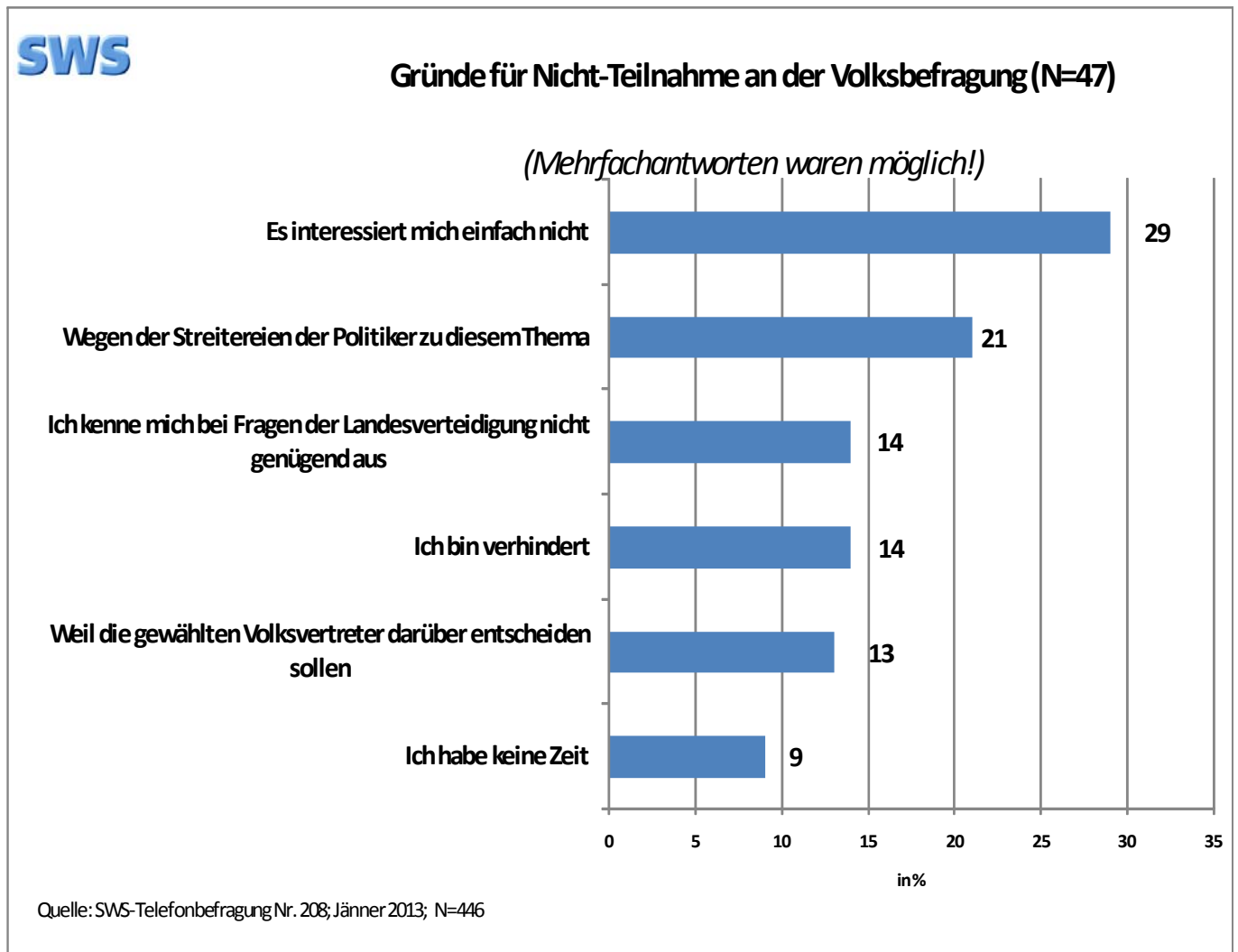
Grafik 4:



Da nur sehr wenige Befragte angaben, gar nicht an der Befragung teilnehmen zu wollen (siehe Grafik 2), steht für eine Analyse dieses beabsichtigten Verhaltens nur eine sehr kleine Datenbasis zur Verfügung, wodurch die Ergebnisse auf die Frage nach den Gründen nur Anhaltspunkte (statistisch nicht abgesichert) liefern können (Grafik 5).

Die beiden bedeutendsten Begründungen scheinen jedenfalls das „mangelnde Interesse“ sowie die „Streitereien der Politiker zu diesem Thema“ (= Politik- oder besser: PolitikerInnen-Verdrossenheit“ zu sein).

Grafik 5:

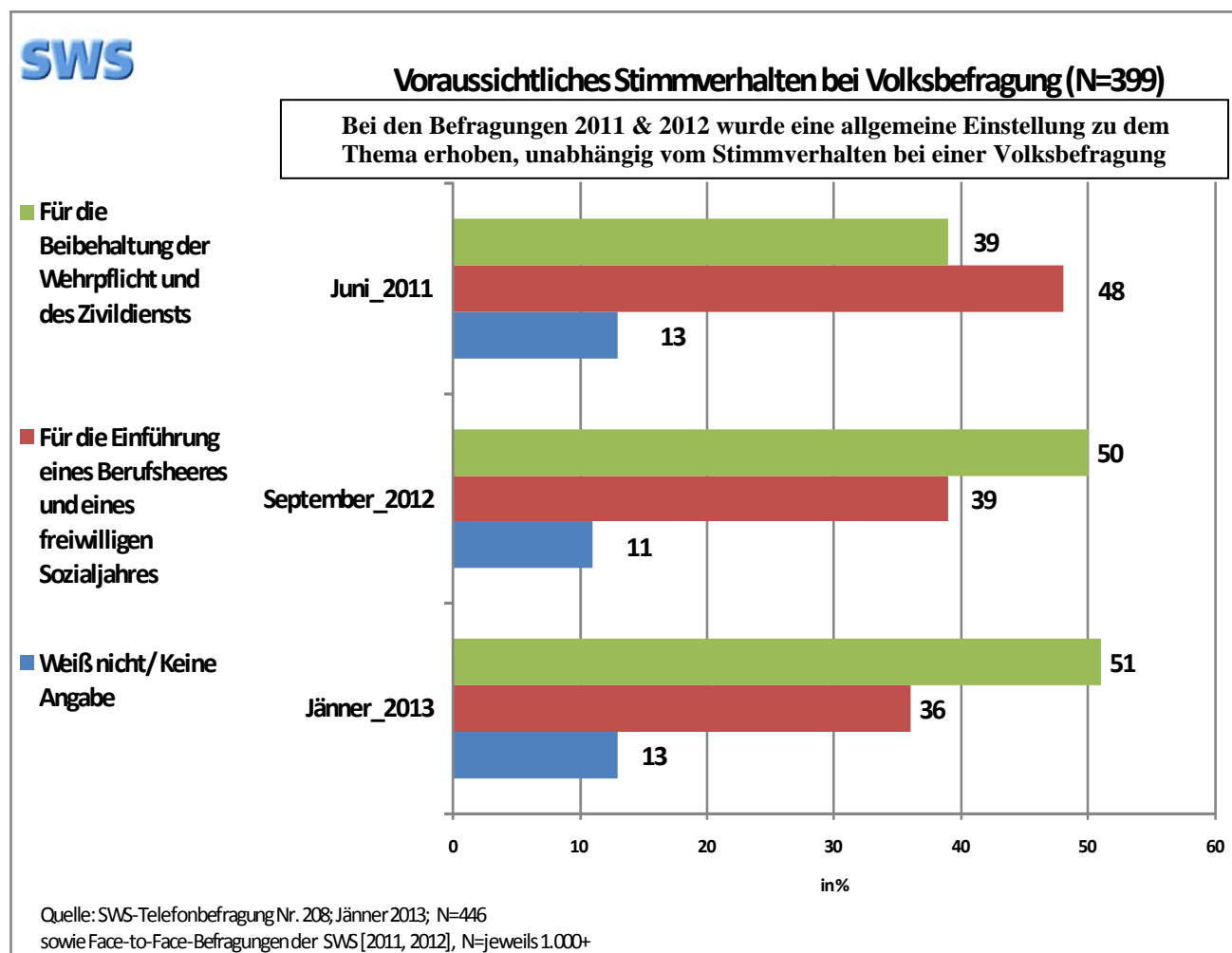


Bezüglich der eigentlichen Fragestellung der Volksbefragung gaben knapp vor dem „Wahltag“ etwas mehr als die Hälfte der Befragten an, für die Beibehaltung der Wehrpflicht stimmen zu wollen (Grafik 6). Vor allem ältere Befragte gaben dieses beabsichtigte Stimmverhalten an, zudem eher gering gebildete Personen und AnhängerInnen von ÖVP (82%!) und FPÖ.

Für ein Berufsheer sprachen sich nur 36% der Befragten klar aus (36-50-jährige Befragte zu etwa 45%, AkademikerInnen zu 52%, SPÖ-AnhängerInnen zu 58% und Grün-SympathisantInnen zu fast zwei Drittel), 11% konnten es zum Befragungszeitpunkt noch nicht sagen, wobei sich die Gruppe der bis zu 35-Jährigen am unentschlossensten zeigte. Wie das Abstimmungsergebnis letztendlich zeigte, war die Einstellungskluft zwischen Jung und Alt bei der Abstimmung sehr groß – für die SPÖ als kleines „Trostpflaster“ der Volksbefragung evtl. eine Chance, für die NR-Wahl im Herbst jüngere Wählerschichten stärker zu gewinnen.

Interessant ist ein Zeitvergleich, da die SWS bereits seit 2011 die Einstellung der ÖsterreicherInnen zur Wehrpflicht bzw. zum Berufsheer erhebt: 2011, als die Einführung eines Berufsheers durchaus wahrscheinlich schien, gab es noch eine Mehrheit für ebendieses (ÖVP-AnhängerInnen waren aber bereits damals klar für die Beibehaltung der Wehrpflicht, sicherlich ein Umstand, der die ÖVP umso mehr bewogen hat, es auf eine Volksbefragung zu diesem Thema ankommen zu lassen). 2012 hatte sich das Meinungsbild nach der Entscheidung bzw. im Zuge der Diskussionen über die Volksbefragung aber komplett gedreht und blieb dann bis zur Umfrage kurz vor der Volksbefragung stabil.

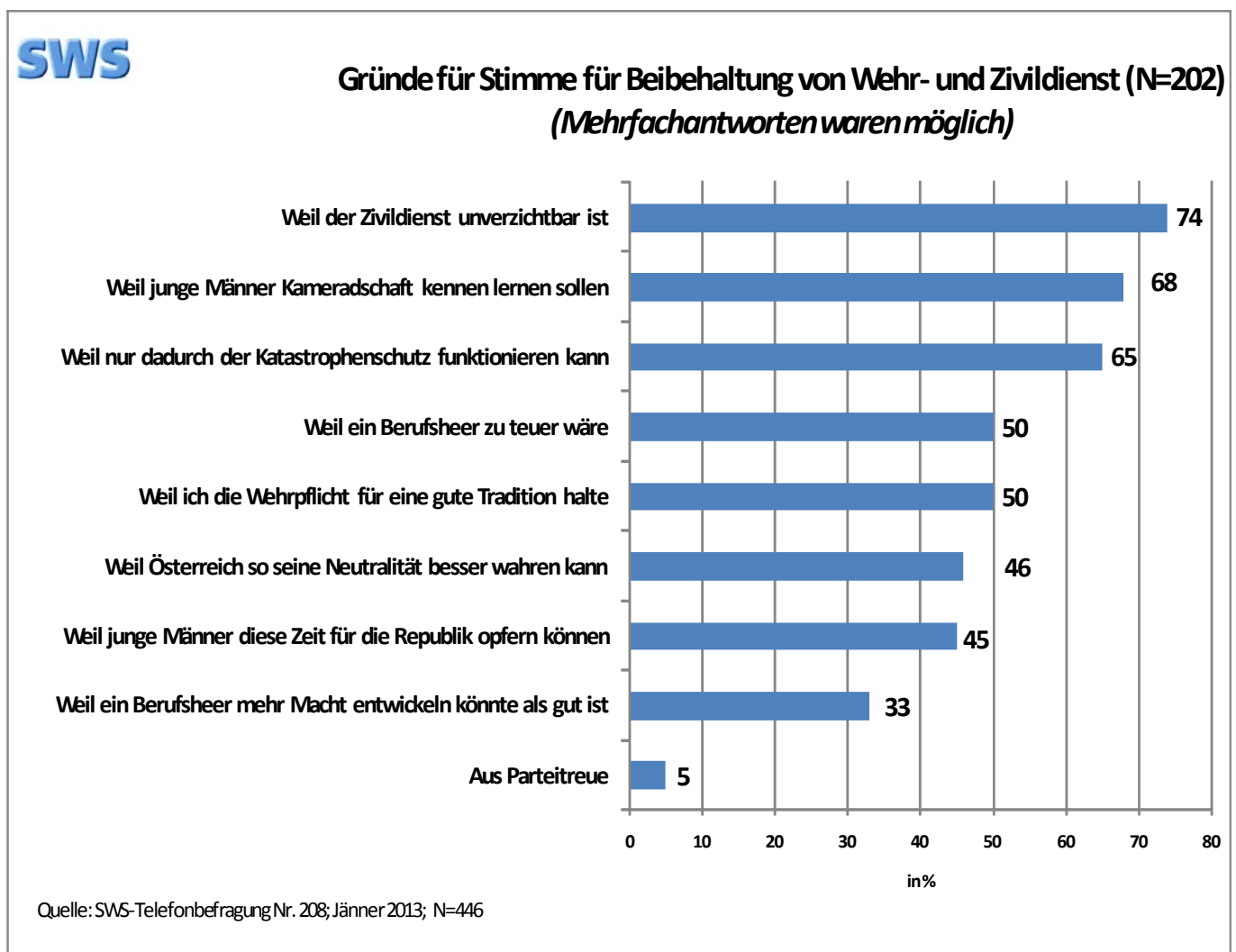
Grafik 6:



Den – von WehrpflichtbefürworterInnen - am häufigsten angeführten Grund für die Beibehaltung der Wehrpflicht stellt die „Unverzichtbarkeit des Zivildienstes“ (74%) dar (hier zeigten sich vor allem die jüngeren Befragten sowie AnhängerInnen der Grünen bzw. „keiner Partei“ am überzeugtesten), gefolgt von dem Argument der „Kameradschaft, die junge Männer lernen sollen“ (für Ältere und FPÖ- sowie SPÖ-AnhängerInnen besonders relevant) und der „Gewährleistung des Funktionierens des Katastrophenschutzes“ (Frauen und SPÖ-SympathisantInnen nannten diesen Grund überdurchschnittlich häufig).

Das Kostenargument rangiert erst an vierter Stelle der Rangreihe (für Männer, AkademikerInnen sowie FPÖ- und Grün-AnhängerInnen besonders wichtig), die „Parteitreuere“ spielte so gut wie keine Rolle (vgl. Grafik 7).

Grafik 7:



Die BefürworterInnen eines Berufsheers nannten vor allem drei Begründungen für eine Stimme für das Berufsheer (Grafik 8):

Jeweils ca. drei Viertel gaben an, dass sie gerne ein „Heer aus spezialisierten Profis“ sehen möchten (Männer, ältere Befragte und AnhängerInnen der SPÖ bzw. „keiner Partei“ geben dies sehr häufig an), dass durch „ein freiwilliges, bezahltes Sozialjahr auch für Frauen zugängliches Sozialjahr regulär entlohnte Arbeitsplätze geschaffen werden“ (für SPÖ-AnhängerInnen sehr attraktiv) und dass man einem „Zwangsdienst für junge Männer“ negativ gegenüber steht (dies geben 85% der bis 25-Jährigen an).

Die weiteren abgefragten Kategorien erreichten weit geringere Nennungsanteile; auch hier spielte die „Parteitreue“ keine Rolle.

Grafik 8:

